

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter Juni 2016

Liebe Leserinnen und Leser!

Beinahe im Monatsrhythmus berichten wir über die neuesten Verschärfungen des Asylrechts in Deutschland. Erst Mitte Mai hat der Bundestag ein Gesetz verabschiedet, mit dem drei nordafrikanische Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollen. Schutzgesuche aus diesen Ländern würden dann innerhalb von 48 Stunden abgehandelt, Flüchtlinge hätten kaum Zugang zu einer Rechtsberatung. Der Flüchtlingsrat NRW appelliert deshalb an die Landesregierung, mit einem „Nein“ im Bundesrat ein klares Zeichen gegen die weitere Aushöhlung des Asylrechts zu setzen. Am 18. und 19. Juni soll der Widerstand gegen Abschottungspolitik und Asylrechtsverschärfungen auch auf die Straße getragen werden. Zahlreiche namhafte Organisationen rufen dazu auf, an diesem Wochenende mit Menschenketten für ein „weltoffenes, menschliches und vielfältiges Deutschland und Europa“ zu demonstrieren. Auch in Bochum soll eine solche Aktion stattfinden. In der Juni-Ausgabe unseres Newsletters berichten wir außerdem über das neue Schulungsangebot des Flüchtlingsrats NRW, über die steigende Zahl der Abschiebungen aus unserem Bundesland und über die Räumung des griechischen Flüchtlingslagers Idomeni. Wenn Ihr unseren Newsletter nicht mehr erhalten möchtet, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse initiativen@fnnrw.de.

Erfahrungsberichte zu nächtlichen Abschiebungen gesucht

Einem Erlass der NRW-Landesregierung zufolge sollen Familien mit Kindern grundsätzlich nicht nachts abgeschoben werden. Leider erreichen den Flüchtlingsrat NRW immer wieder Berichte, dass kommunale Ausländerbehörden diese Anweisung ignorieren. Zuletzt wurde Ende Mai eine schwangere Frau aus dem münsterländischen Albachten mitten in der Nacht nach Ungarn abgeschoben. Der Flüchtlingsrat NRW bittet deshalb um Erfahrungsberichte: Sind euch weitere Fälle bekannt, in denen Familien mit Kindern nachts abgeschoben wurden? Dann schreibt uns eine E-Mail mit den wichtigsten Eckdaten an die Adresse info@fnnrw.de.

Schulungen für Ehrenamtliche in Landesunterkünften

Mitte April haben beim Flüchtlingsrat NRW zwei neue Referentinnen ihre Arbeit aufgenommen. Thea Jacobs und Eva Spiekermann organisieren und fördern die Vernetzung und Betreuung von Ehrenamtlicheninitiativen, die in und um die Flüchtlingsunterkünfte des Landes aktiv sind. Mit Schulungen und Informationsangeboten will der Flüchtlingsrat NRW die Arbeit der Ehrenamtlichen

unterstützen und zur lokalen und regionalen Vernetzung beitragen. Zu folgenden Themen können bereits Seminare angeboten werden, weitere sollen folgen:

Basis-Schulung Asylrecht: behandelt die rechtlichen Grundlagen rund ums Thema Asyl, das Asylverfahren, Rechte als Asylsuchende und die möglichen Schutzstatus.

Gruppenorganisation: behandelt die Themen Gruppenbildung, Verwaltung von Ressourcen und Wissen, Vermeiden von Konflikten, Tipps für die praktische Arbeit.

Interkulturelle Kompetenz: behandelt Lösungsansätze für mögliche Schwierigkeiten in der interkulturellen Arbeit, hilft unerwartetes Verhalten zu verstehen und Frustration zu vermeiden.

Traumata und besonders schutzbedürftige Geflüchtete: das zweiteilige Seminar behandelt Ursachen für Traumata und den Umgang mit Traumatisierten sowie die Situation besonders schutzbedürftiger Menschen. Es soll sensibilisieren und Hilfen für den täglichen Umgang bieten.

Gruppen und Initiativen, die sich schwerpunktmäßig in Landesaufnahmeeinrichtungen engagieren und sich für das Seminarprogramm interessieren, können sich unter der E-Mail-Adresse [ehrenamt1\(at\)frrnw.de](mailto:ehrenamt1(at)frrnw.de) melden.

Flüchtlingsrat NRW: Schulungsangebot

Flüchtlingsrat NRW fordert „Nein“ zu sicheren Herkunftsstaaten

Der Flüchtlingsrat NRW hat die Landesregierung dazu aufgefordert, im Bundesrat gegen das Gesetz zu stimmen, mit dem Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden sollen. In allen drei Ländern würden Menschenrechte verletzt. Homosexualität sei dort strafbar und die Bedingungen in den Gefängnissen erfüllten nicht die Anforderungen an einen sicheren Herkunftsstaat. Schon jetzt würden Schutzsuchende aus diesen Staaten als Antragstellerinnen mit geringer Bleibeperspektive behandelt. Ab diesem Sommer sollen ihre Asylverfahren innerhalb von 48 Stunden entschieden werden. In der Realität hätten Menschen aus so genannten „sicheren“ Herkunftsstaaten also kaum Zugang zur Rechts- und Verfahrensberatung. Ihr Asylverfahren werde im Regelfall als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt, was mit weiteren rechtlichen Nachteilen verbunden sei. Nun liege es in der Verantwortung der Rot-Grünen NRW-Landesregierung, ein klares Zeichen zu setzen und im Bundesrat gegen den Gesetzesentwurf zu stimmen.

Der Bundestag hatte dem Gesetzesentwurf der Großen Koalition Mitte Mai bereits mit großer Mehrheit zugestimmt. Damit das Gesetz in Kraft treten kann, muss allerdings auch der Bundesrat grünes Licht geben. Die nächste Sitzung der Länderkammer findet im Juni statt.

Flüchtlingsrat NRW: Nein zu weiteren sicheren Herkunftsstaaten (23.05.2016)

Menschenkette gegen Rassismus auch in Bochum

Ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen ruft für den 18. und 19. Juni in mehreren deutschen Städten zu Menschenketten gegen Rassismus auf. Dabei wollen die Initiatorinnen Moscheen, Kirchen, Synagogen, soziale Einrichtungen, Flüchtlingsunterkünfte,

Museen, Theater und Rathäuser miteinander verbinden. Zahlreiche namhafte Organisationen wie Amnesty International, PRO ASYL und der DGB haben den Aufruf zu der Aktion bereits unterzeichnet. Darin heißt es, durch die zunehmende fremdenfeindliche Gewalt und die Abschottung Europas gegenüber Flüchtlingen würden der gesellschaftliche Zusammenhalt und die demokratischen Grundwerte auf die Probe gestellt. Mit den Menschenketten wollen die Initiatorinnen für ein „weltoffenes, menschliches und vielfältiges Deutschland und Europa“ demonstrieren.

Neben Berlin, Hamburg, Leipzig und München wird es auch in Bochum eine Menschenkette geben. Die Teilnehmerinnen treffen sich am 18. Juni um 12.00 Uhr am Hauptbahnhof, am Kirmesplatz an der Castroper Straße und am Rathausplatz. Als Rednerinnen werden bei der Veranstaltung eine Vertreterin des Flüchtlingsrats NRW sowie der Bundesvorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, auftreten.

Hand in Hand gegen Rassismus für Menschenrechte und Vielfalt

Zahl der Abschiebung steigt weiter an

Die Zahl der Menschen, die aus Nordrhein-Westfalen abgeschoben worden sind, ist im vergangenen Jahr erneut gestiegen. Das gab das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW Mitte Mai auf einer Pressekonferenz bekannt. Demnach wurden im Jahr 2015 landesweit 4.395 Flüchtlinge abgeschoben. Im Vorjahr waren es 2.929 gewesen. Damit hat Nordrhein-Westfalen so viele Schutzsuchende zurückgeschickt wie kein anderes Bundesland. In den ersten vier Monaten des neuen Jahres wurden bereits 1.324 Flüchtlinge abgeschoben. Zuletzt wurden am 3. Mai über 100 Flüchtlinge von Düsseldorf aus nach Tirana und Pristina ausgeflogen.

Die meisten Abschiebungen fanden auch im letzten Jahr wieder am Flughafen Düsseldorf statt. Dort überwacht seit 2001 eine Abschiebebeobachterin, die bei der Diakonie RWL angesiedelt ist, im Auftrag des „Forums Flughäfen in Nordrhein-Westfalen“ den ordnungsgemäßen Ablauf der erzwungenen Heimreisen. Das „Forum Flughäfen“ wurde im Jahr 2000 geschaffen, um sicherzustellen, dass sich die Behörden während der Abschiebungen an die gesetzlichen Vorgaben halten und um im Konfliktfall zwischen Politik, Behörden und Hilfsorganisationen zu vermitteln. Dem Gremium gehören Vertreterinnen von Flüchtlingsrat NRW, Kirchen, Innenministerium und Bundespolizei an.

Trotz zuletzt gestiegener Abschiebezahlen ziehen kirchliche Gruppen eine positive Bilanz aus der Zusammenarbeit mit den Behörden. Die Abschiebungsbeobachtung habe zu mehr Transparenz geführt, so Kirchenrat und Moderator des Forums, Rafael Nikodemus. Die amtierende Abschiebebeobachterin Dalia Höhne sagte, sie habe bei den beobachteten Rückführungen „keine Übergriffe oder grobe Behandlungen von Seiten der beteiligten Behördenvertreter erlebt“. Allerdings sei es immer wieder vorgekommen, dass kranke Menschen, hochschwängere Frauen oder auch psychisch kranke Asylbewerberinnen abgeschoben werden sollten, die dazu gesundheitlich eigentlich nicht in der Lage gewesen seien. Um eine effiziente Abschiebebeobachtung sicherzustellen, sei es nötig, mehr Personal einzustellen und den Beobachterinnen weitere Kompetenzen einzuräumen – etwa die Möglichkeit, die Abschiebung bis zum Zielflughafen zu begleiten.

Rheinische Post: Zahl der Abschiebungen hat sich 2015 verdoppelt (10.05.2016)

Interview mit Abschiebebeobachterin Dalia Höhne

Flüchtlingslager im griechischen Idomeni geräumt

Die griechische Polizei hat Ende Mai das Flüchtlingslager Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze geräumt. Die rund 9.000 Bewohnerinnen des Camps wurden mit Bussen in staatliche Auffanglager gebracht. Medienberichten zufolge verlief die Polizeiaktion friedlich, die Flüchtlinge hätten keinen Widerstand geleistet. Allerdings hatte die Polizei nur Mitarbeiterinnen staatlicher Medien den Zugang zum Flüchtlingslager gewährt. Ausländische Journalistinnen und Hilfsorganisationen sollen in ihrer Arbeit massiv behindert worden sein.

Ende Februar 2016 hatte die mazedonische Regierung beschlossen, aus Griechenland kommende Flüchtlinge nicht mehr oder nur noch in Ausnahmefällen passieren zu lassen. Daraufhin bildete sich an der griechisch-mazedonischen Grenze ein gewaltiger Rückstau. In der Hoffnung, dass die Grenze bald wieder geöffnet würde, blieben viele Tausend Schutzsuchende in dem Auffanglager in der Grenzstadt Idomeni, das eigentlich nur auf 1.500 Personen ausgelegt ist. Da die griechischen Behörden die Flüchtlinge weitgehend ihrem Schicksal überließen, mussten private Hilfsorganisationen und Aktivistinnen einspringen, um Lebensmittel an die Bewohnerinnen des Camps zu verteilen und eine medizinische Grundversorgung sicherzustellen.

Nach Informationen von PRO ASYL und anderen Flüchtlingsorganisationen ist die Situation in den offiziellen staatlichen Auffanglagern jedoch kaum besser. Die Zustände seien vor allem für alte Menschen, körperlich Behinderte, Schwangere, unbegleitete Minderjährige und chronisch Kranke untragbar und teilweise lebensgefährlich. Außerdem sei es in Griechenland fast unmöglich, einen Antrag auf Asyl, Familienzusammenführung oder Umverteilung innerhalb Europas zu stellen, da die griechische Asylbehörde vollkommen überlastet sei. Auch die anderen europäischen Staaten hätten zu der Misere beigetragen. So habe Deutschland schon im Herbst letzten Jahres zugesagt, 17.000 Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen. Tatsächlich seien auf diesem Weg bislang gerade einmal 37 Schutzsuchende von Griechenland nach Deutschland überstellt worden. Angesichts des Elends und des Leids in den griechischen Flüchtlingslagern sei dies „eine absolut beschämende Bilanz“.

PRO ASYL: Europa kehrt das Elend notleidender Flüchtlinge unter den Teppich (25.05.2016)

Termine

06.06.2016: Bildungstag für Schülerinnen und Studentinnen zur europäischen Flüchtlingspolitik. 10.00 Uhr, Nadelfabrik, Reichsweg 30, Aachen.

Weitere Informationen unter www.amnesty.de

09.06.2016: Interview-Abend über Erfahrungsgeschichten mit Flüchtlingen. 19.30 Uhr, Volkshochschule, Platz der Deutschen Einheit 1, Hamm.

Weitere Informationen unter www.fuge-hamm.org

13.06.2016: Lesung „Durch die Wand-von der Asylbewerberin zur Rechtsanwältin“. Café Church, III. Hagen 39, Essen.

Weitere Informationen unter www.gmoe.de

17.-18.06.2016: Seminar zu Fundraising. 13.30 Uhr, Stiftung Mitarbeit, Ellerstr. 67, Bonn.

Weitere Informationen unter www.mitarbeit.de

21.06.2016: Vortrag „Warum aus Eritrea flüchten?“. 13.00 Uhr, Multikulturelles Forum, Raum Liverpool, Hafenstr. 10, Hamm.

Weitere Informationen unter www.multikulti-forum.de

Weitere Terminhinweise, flüchtlingspolitische Nachrichten und Informationen über unsere Arbeit findet Ihr auf unserer Homepage www.frnw.de und auf unserer Facebook-Seite <http://www.facebook.com/FluechtlingsratNRW>.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.frnw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum